

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
anzuschließen. Zustellungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausländischen Zeitungsverzeichnis unter
„Soale-Zeitungsgeheimnis“. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Soale-Zeitungsgeheimnis“.
Verantwortl. Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1132,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Soale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7gespaltenen 38 mm breite
Kolonnen oder deren Raum mit
20 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in anderen Spaltenstellen u.
allen Anzeigengebühren ange-
nommen die 78 mm breite Zeile
1 Mt. u. 10% Zuschlag. Anzeigen-
annahme schließt vorm. 11 Uhr,
für die Sonntagsblätter, abds. 6 Uhr.
Abstellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Ersch-
ließungszeit: Halle a. S. Erscheint tägl.
2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.
u. Haupt-Verwaltung: Halle, Gr.
Drauhausstr. 17. Neben-Verwaltung:
Halle: Markt 24 u. Gr. Ulrichstr. 52.

Nr. 117a.

Halle, Montag, den 11. März

1918.

Die Kämpfe bei Badonviller.

Zurückweisung feindlicher Vorstöße. — Auslebende Feuerkämpfe. — Fortdauer der Erkundungsgefechte.

Ein Jubiläum der Jagdstaffel Boelcke.

28 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon in zwei Tagen abgeschossen. — 200 Gegner von der Jagdstaffel Boelcke abgeschossen. — Englische und französische Vorstöße abgewiesen.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. März.

Weltlicher Kriegshauptlag.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die englischen Erkundungsflugzeuge hielten an. Stärkere Abteilungen trafen südlich von Nancy vor. Bei lozer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach auflebender Feuerkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Reims drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte Gefechtsintensität bei der Front.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nordwestlich und westlich von Namant am Abend rege Feuerartillerie der Franzosen. Nach wechselläufiger Artillerievorbereitung griffen harte feindliche Abteilungen an Nach-

mittage zwischen Ancerville und Badonviller an und drangen teilweise in unsere vorderen Gräben ein. Vor unseren Gegenstößen zog sich der Feind in seine Ausgangsstellungen zurück. Württembergische Stoßtruppen, flammende Handwerg und Flammenwerfer nahmen bei einem Vorstoße in die französischen Stellungen südwestlich von Martich einen Offizier und 26 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. Jagdstaffel Boelcke brachte ihren 200. Gegner zum Abflug.

Von den anderen Kriegshauptlagern nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Daimler-Skandal.

Vor einigen Tagen kam die kurze Nachricht, daß die Daimler-Werke in Unterlichtheim unter militärische Kontrolle gestellt worden sind. Der gewöhnliche Sterbliche horchte auf und dachte: Was geht da vor? Man muß sich sagen, daß hier außergewöhnliche Geschehnisse vorliegen, da sonst die Militärverwaltung nicht zu einem so ungewöhnlichen Schritte greifen würde. Die Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages brauchen dann die erste Aufklärung. Das soll erfüllt, daß hier von einer großen Firma mit den Steuergrößen in unerhörtester Weise Schindluder betrieben worden ist, während Tausende der Besten Gut und Blut verlieren. Eine bisher angelegene Firma hat sich in einer Weise bereichert, die auch unter Veräußerung einer vollen Ausnutzung der Kriegskonjunktur als Skandal angesehen werden muß. Bevor man auf die traurigen Verhältnisse näher eingeht, ist die eine Feststellung am Platze: Der Daimler-Standal darf nicht verallgemeinert werden! Er darf nicht zu allgemeinen Vorwürfen gegen die deutsche Industrie benutzt werden. Deutsche Technik und deutsche Industriekraft haben sich in diesem Kriege, der weitgehend ein technischer Krieg ist, so große Verdienste erworben, daß eine jede Verallgemeinerung des Daimler-Standals trübseltig undankbar wäre. Das ganze Volk und die Heerführung verdanken unserer Industrie so viel, daß die der Daimlerwerke im Nachteil in aller Schärfe erörtert kann, ohne die industriellen Verdienste irgendwie herabzusetzen.

Um so kürzere Besprechung verlangt der Fall Daimler selbst. Wir wollen den Tatbestand kurz skizzieren, wie er sich nach den Verhandlungen des Hauptausflusses ergibt: Die Daimler-Werke haben monatlich etwa vier Millionen an Rüststoffen in den normalen Weltmarkt zu verkaufen. Sie haben trotzdem eine Preissteigerung für die von ihnen hergestellten Motoren verlangt. Die Dividenden dieser Gesellschaft, die seit dem Jahre 1880 besteht, betragen in den letzten acht Jahren:

| | | | | | |
|------|-------|---------|------|-------|----------|
| 1909 | | 8 Proz. | 1913 | | 14 Proz. |
| 1910 | | 10 | 1914 | | 16 |
| 1911 | | 10 | 1915 | | 28 |
| 1912 | | 18 | 1916 | | 35 |

Die Aktien des Unternehmens, die im Jahre 1911 zu 228 notierten, erreichten während des Krieges 595 bis 1000, ja sogar bis 1500! Infolge der nicht hoch genug einschätzenden Verhandlungen des Hauptausflusses ist der Kurs bereits um 1/3 gefallen. In der Sonnabend-Börse ist der Kurs so dann um weitere 70 Prozent gesunken. Während die Gesellschaft in Dividenden irreführend wurde, wie sie im Kriege nichts Seltenes sind, betrug der wirkliche Gewinn der Werke, wie man im Hauptausfluß ausgedrückt hat, 178 Prozent! Hier hat der keine Verwirrung durch die Daimler-Werke einzuleiten, der Vorwurf der Bilanzverschönerung, die aus unheimlichen Mitteln vorgenommen wurde. Im Hauptausfluß ist gesagt worden, daß die Verwaltung die Aufstellung der Kalkulationen in der Mithilfe vorgenommen hat, um den Ausschuß für Heereslieferungen bei einer etwaigen Prüfung zu täuschen. Die Kalkulationen wurden nachträglich abgedeckt. Es sind höhere Löhne angegeben worden als in Wirklichkeit bezahlt wurden. Die Daimler-Werke haben bei ihren Berechnungen auf die Selbstkosten 178 Prozent aufgeschlagen und als diese ungeheuren Verdienste dem Unternehmer Kimmert hat noch nicht genügt, wollte man auf diese Preise wiederum 50 Prozent aufschlagen. Das war der Heeresverwaltung denn doch zu viel. Es kam zu Konflikten. Nun aber kommt das Ungeheuerliche: Als die Behörden der Fabrik die Wupperpreise hervorriefen, wagte es der Direktor der Daimler-Werke, mit der Entschärfung des Betriebes zu drohen.

Wir haben dagegen Stellung genommen, als die Arbeiter im Reich freitren, um die Kriegslage zur Durchsetzung politischer Forderungen auszunutzen. Man mußte damals das Gefühl haben, als ob es sich um politische Erpressungen handelte, die nicht schon genug zurückgewiesen werden konnten. Aber das, was die Arbeiter taten, steht jenseits der moralischen Turmhöhe über dem, was die Daimler-Werke durchzuführen. Die Arbeiter kämpften letzten Endes nicht für ein Portemonnaie-Interesse. Sie kämpften bei ihrem Streik für die Allgemeinheit, denn sie wollten die Ernährungsverhältnisse bessern und sie wollten in dem Kampfe um das gleiche Maßrecht die politischen Rechte eines jeden eigenen Staatsbürgers erweitern. Die Daimler-Werke aber können solche idealen Gesichtspunkte

Ein Armeebefehl des Generalfeldmarschalls von Eichhorn.

Konow, 8. März. Der Zeitung der X. Armee entnimmt die Korrespondenz, folgendes Armeebefehl:

Kameraden der X. Armee.

Seine Majestät der Kaiser hat mich am 4. d. M. von der Stellung als Oberbefehlshaber der X. Armee entlassen. Von der Wertschätzung in den Jahren bis zur Einnahme von Minst und dem Ueberreichen der Besina an der Stelle, wo das napoleonische Heer zu ruhe liegt in Unterjand, ist die X. Armee im Angriff und Abwehr immer siegreich gewesen und hat ihre losbare Eigenhaft, den unwiderlichen Schwung, der sie im Angriff besetzt, in den letzten Kämpfen erneut bewiesen.

Ihr habt mir den Feldmarschallkaberlämpf. Ich danke Euch. Ich bin glücklich, Euch nicht bedauern zu brauchen, da ich als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe in enger Verbindung mit Euch bleibe. Immer aber wird unser Ruf gemeinsam sein:
Es lebe der Kaiser, es lebe das geliebte deutsche Vaterland!

v. Eichhorn, Generalfeldmarschall.

Zur Lage im Osten.

TU. Wien, 9. März. Der Chefredaktion der „Wiener Mittagszeitung“ hatte eine Unterredung mit einem hervorragenden diplomatischen Persönlichkeit, die an den Ereignissen der letzten Zeit unmittelbaren Anteil hatte. Der Staatsmann äußerte sich u. a. wie folgt: Der

Austausch der Requisitionen und den mit Anstand, der bekanntlich in Berlin erfolgen soll, dürfte noch geraume Zeit auf sich warten lassen, ohne daß die volle rechte Erfolge dadurch irgendwie herabgesetzt würde. Es ist vollständig gleichgültig, ob die Bolschewiki am Ruber bleiben oder nicht. — Was die

Bulgarischer Verhandlungen

anbetrifft, so darf man ruhig prognostizieren, daß sie voraussichtlich zu einem gedehlichen Ende führen werden. Die Verhandlungen gehen rasch und gut voran. Wenn wir mit Rumänien einen definitiven Frieden haben, so wird natürlich ein dem Vierunde freundliches Kabinett dort an die Spitze der Regierung gelangen und auch die Besten, daß sich Rumänien uns enger anschließen wird, ist nicht von vornherein ins Fabelreich zu verweisen, weil

Rumänien nicht isoliert bleiben

sondern die Anlehnung an eine Mächtegruppe suchen will. Dasbedeutet gibt von den in Bildung begriffenen neuen russischen Republikern. Sollte wirklich in der letzten Zeit der Friede mit Rumänien nicht vollzogen werden, so würde der Waffenstillstand unvollständig, sofort gefährdet und mit der energischen Wiederannahme der militärischen Operationen begonnen werden. Was die Entente anbelangt, meinte der Diplomat, daß zwar die Friedensbewegung in den Ententestaaten ungeschwächt existiert ist, man dürfte sich aber nicht in besonderen Hoffnungen wiegen, solange die leitenden Mächte am Ruber sind und an ihre dreifachen Kriegsgewinn teilhaben. Der Staatsmann verweist auch darauf, daß gewisse Drogen bei uns durch Verbreitung von Verwirrung selbst zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Zum Rücktritt Trotski.

Berlin, 9. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zum Rücktritt Trotski unter der Ueberschrift „Der Krieg der russischen Friedenspartei“: „Redaktionell u. a.“ Trotski hatte den Stimmrat in Brüssel-Konferenz in der stillen Hoffnung betreten, hier die Ränge zu finden, von der herab er seine Ideen von Weltrevolution und Völkerverbrüderung zu führen könnte. So wurde es denn bald offenbar, daß Trotski jeder ehrliche Wille fehlte, nach besten Kräften dazu beizutragen, das Ziel, den Friedensschluß zu erreichen. Er hat kein Mittel angedacht, um die Verhandlungen zu verschleppen. Es ist ihm auch gelungen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Seine utopischen Hoffnungen, Brüssel-Konferenz zur Geburtsstätte einer neuen Weltordnung zu machen, sind gescheitert und haben jetzt mit dazu beigetragen, ihm ein ruhmloses Ende zu bereiten. Sein Plan, durch einen Schwerebruch zwischen Krieg und Frieden neue Operationsmöglichkeiten für die maximalistischen Ideen zu gewinnen, hat die Not in Rußland nur noch vergrößert und Rußland völlig der Zerlegung preisgegeben. Trotski hat durch sein unehrliches Spiel mit einem Zwischenstück von Krieg und Frieden in leichtfertiger Weise zum zweiten Mal das Schicksal in der Gewalt des deutschen Heeres herausgeholt und zum zweiten Mal hat das Schicksal gegen Rußland entschieden. Wie die ehemaligen Friedensparteiern zu dem Friedensschluß haben, ist nicht genau bekannt, der Erfüllungsanspruch der Petersburger Komjats hat aber den Friedensvertrag mit großer Mehrheit genehmigt und seine Mitglieder auf dem Sowjetkongreß in Moskau beauftragt, für den Frieden zu stimmen. Diese Verhandlungen des Petersburger Rates mußte Trotski als Ablehnung seiner Politik ansehen, und er hat auch nicht gegögert, daraus die Folgerung zu ziehen. Mit ihm soll der Oberkommandierende des russischen Heeres, Kriemlow, seinen Abschied eingereicht haben. So kommt in dem Rücktritt beider der auch von Lenin vertretene Wunsch der Wiederkehr der obersten Körperlichkeit Petersburger zum Ausdruck, an die Stelle eines Schwerebruchs, aus dem nur ein neuer Krieg geboren werden könnte, nach außen hin einträglich Ruhe und Frieden zu legen.

Die japanische Intervention und das englische Unterhaus.

TU. Rotterdam, 9. März. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Am Dienstag oder Mittwoch wird die Frage des japanischen Eingetrens in Ostasien und die Haltung und Stellung Englands hierzu im englischen Unterhause besprochen werden.

Ein Beitragsartikel des Blattes über „Japan und die Alliierten“ befragt:

Die gestrigen von Schapple im Unterhause gestellte Frage, ob, wenn die Alliierten in Rußland aufstreten, Wilson die verantwortlichen ionangebenden Personen in Rußland fragen werde, ob sie damit einverstanden seien, ist von großem Werte, da sie das wachsende Interesse des englischen Parlamentes für diese „äußerst unheimliche Sache“ beweist. Günstigerweise, so meint das Blatt, gibt es Zeichen, die darauf hindeuten, daß die erste Besprechung mit der neuen das hochachtbare Eingreifen Englands in England aufgenommen hat, bereits abgelehnt ist. Der Artikel schließt: Es muß erst eine Unterredung angestellt werden, bevor wir für die Operationen die Verantwortung auf uns nehmen können.

nicht für sich in Anspruch nehmen. Sie drohten mit der Einschränkung der Produktion lediglich deshalb, um sich noch mehr als bisher reicheren, bereichern zu können. Sie wollten Reich und Nation in schlimmer Weise demütigen, ja — der Ausdruck wird nicht unbedeutend erscheinen — bestehlen. In maßvoller Profligator sollten die Preise heraufgehoben werden, um wenigen Kapitalisten noch reichere Gewinne zuzuführen. Es wird Sache der Behörden sein, einen Weg zu finden und zu finden, auf dem das Reich das ihm abgekauerte Geld zurückzuführt. Damit aber allein kann die Angelegenheit nicht erledigt sein. Es handelt sich letzten Endes nicht um das Geld allein. Hier spielen hohe ideale Werte eine Rolle. Das höchste Vorgehen gegen jede Kriegswirtschaft aus einleiten, wenn das Volk in seiner Gesamtheit nicht glauben soll, daß solche Vorurteile durchaus keine Seitenhieb sind und daß der Volk Daimler nur ein Fall aus einer Reihe von ähnlichen Vorkommnissen ist. Solche Gedanken müssen schäbend für den weiteren Zusammenhalt unseres Volkes wirken, sie müssen die mehr denn je erforderliche Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes gefährden. Die Widerstandskraft müßte erschwächt werden, wenn der Glaube aufkommen könnte, daß in der Tat hinter dem Unterhaltseiner Kriegswirtschaft noch viele andere verborgene Bemühtungen des Reiches lauern. Nichts wäre verheerender als wenn man über die Unterhaltseiner Vorkommnisse den Mantel der christlichen Nächstenliebe decken würde. Und nichts könnte anstößiger sein, als wenn man sich mit dieser, vom Hauptausfluß des Reiches abgesehen, überflüssig nicht beschäftigen würde, weil ihr ein über Geruch entritt. Das radikalste Vorgehen der Deeresleitung und die weitere verstärkte Kontrolle durch den parlamentarischen Ausschuss müssen dafür sorgen, daß wir den Glauben behalten, daß die Wärme der Ueberzeugung nicht in den Himmel wachen. Der Hauptausfluß des Reiches hat sich mit seinem Vorgehen ein unendlich großes Verbrechen erworben. Er hat gezeigt, wie gegenrechtlich eine parlamentarische Kontrolle, die von der Rechte so oft angegriffen wurde, wirken kann. C. H.

Die Verhandlungen im Hauptausfluß.

Ueber die weiteren Besprechungen des Daimler-Standes im Hauptausfluß wird uns berichtet:
Hr. Stoeve (natl.): Gemäß lassen sich die Generalanfragen in allen Einzelheiten nicht leicht feststellen. Im Falle Daimler aber war die Anteilnahme leicht möglich. Wenn die Verhandlung vom 12. Juli 1917 genügt, so muß der Vorwurf erhoben werden, daß sie nicht benutzt wurde. Es ist höchstbedauerlich, daß die Heeresverwaltung von zwei juristischen entgegenstehenden Gesichtspunkten ausgeht. Deshalb ist eine gemeinsame Verhandlung erforderlich. Der Militärverwaltungsrat bezieht sich nur auf die Betriebe, die zu Beanstandungen Anlaß gegeben haben, die Betrieben anderen werden keine nicht berührt. Welche Aufträge hat der Daimler in der Tat erhalten? Inwiefern liegt die Schuld für überhöhten Gewinne bei den Arbeitgeberlichen, die zu hohe Preise bezahlten oder anbieten. Sind die Dinge in Folge der Preisprüfungsstelle der Wamba entgegen? Mit den Leistungen der Preisprüfungsstelle
Sind die noch keine nicht zufrieden. Eine Zentralisierung des Preisprüfungsamtes würde zweifellos nützlich sein, namentlich zur Vorbereitung der Fälle, die einer besonders sorgfältigen Prüfung bedürfen. Geeignete Personen finden sich hierfür in ausreichendem Maße. Prämissen auf den Erfolg der Preisprüfung sind zweifellos, weil sich dann mit dem wachsenden Erfolg die Preisfragen vermindern würden. Es ist überhaupt eine ehrenamtliche Tätigkeit zu denken. Von einer begabtesten Daimler steht in dem vorliegenden Antrag kein Wort. Als Kaufmann denke ich nicht daran, der gesamten Industrie ein Mißtrauen
auszusprechen, nur die Ausnahme sollen getroffen werden. Vorwärts, daß wir uns lediglich auf Zeitungsmeldungen stützen, z. B. im Fall Philipp, treffen nicht zu. Ueberall hat die Geschäftsbildung Bestreben herbeizuführen.
von Behr-Binnow hätte längst seine Ehrenämter niederlegen sollen.

Aber wie konnte er überhaupt den riesenhaften Auftrag erhalten? Das Besondere ist der Vergleich zu dem Zweck, die Sache zu bestrafen. Das versteht sich nicht. Der Verantwortung für die beruhtenfalls Hilfsarbeiter sollte ich mich an. Das im Falle Daimler vorliegende Material ist überflüssig, enthält auch die Generalanfragen. Die Einwendungen des Abg. Schiele treffen nicht zu.
General Schiele: Hinsichtlich der rechtlichen Seite der Verhandlung vom 12. Juli hat das Kriegsministerium nicht geklärt, aber das konnte leicht ansprechen, nachdem der Antrag Dr. Cohn und Gen. Aulic auf Annahme hat. In der Sache selbst stehen wir nicht als Gegner uns gegenüber, sondern haben dieselbe Ziel.
Abg. Graf Oppendorff (Hsp. d. Kam.): Die
Mitsprache ist sehr wertvoll,
weil sie zeigt, daß man nicht die kleine Daimler hat und die großen laufen läßt. Außerdem macht sie die Steuerung der verschiedenen Hilfsarbeiter. Im Falle Daimler hat sich seit dem Winter 1914/15 das Kriegsministerium in einem letzten Kriegszustand mit der Firma Daimler verbunden. Das ist auffallend. Besser kennt man sich auf eine Reihe von Werten, die man hätte anwenden sollen und nicht angewendet hat. Die Ratsschläge ex post sind gut gemeint, ob sie früher angewendet wären, erscheint fraglich. Wenn man Unterhaltungen an anderen Stellen rügt, so ist auch der Reichstag nicht frei von aller Schuld. Der Gehalt einer Daimlerfirma für die Preisprüfung ist gut.
Abg. E. u. H. (natl.): Die Verhandlungen sind in-
dustriellenmäßig, weil sie nur Wirtschaften betreffen wollen. Man sollte auch Firmen prüfen, die nicht selbst Produzenten sind. Im Falle Daimler wurde die Prüfung ohne genaue Sachkenntnis vorgenommen. Der Einfluß der Sachverständigen müßte vergrößert werden.
Abg. Dore (Hpt.): Im Ziele sind wir einig. Besser ist eine möglichst allgemeine Resolution, etwa wie der Antrag Dr. Cohn und Gen. will. Daß die Verordnung vom 12. Juli 1917 nicht zur Anwendung gelangt ist, liegt mit daran, daß keine Behörde noch alle Verhandlungen präsent haben kann. Hebrigens kann man nicht alles über einen Kamm scheren.
Der erste Schieber,
der zur Handlung kam, war ein Marineoffizier,
der für Daimler berief, er könne etwas durchsetzen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 10. März, abends.
Von den Kriegshauptstädten nichts Neues.
Wiener Bericht.
Wien, 10. März. Amlich wird verlautbart:
Keine besonderen Ereignisse.
Der Chef des Generalstabs.

Dem österreichischen Kaiserpaar ein Prinz geboren.

Wien, 10. März. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute um 10 Uhr 40 Min. vorm. in Baden von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Die hohe Wöchnerin wie auch der neugeborene Prinz befinden sich wohl.

Von ehrenamtlichen Mitgliedern der Preisprüfungsstellen möchte ich absehen. Hier ist die Bureaukratie die beste Stelle. Eine Bundesstaatsordnung gegen wucherische Ausbeutung ist ja in Vorbereitung.

Einem Antrage, eine Zentralpreisprüfungsstelle einzurichten, wird, wie der Vorrede bemerkt, von der Heeresverwaltung nicht widerprochen.
Hr. C. O. (Hpt.): Die beschlossenen Maßnahmen müssen nach allen Seiten erwogen werden.
Der Berichterstatter sagt:

Das Ergebnis der Debatte
zusammen. Der Preisprüfungsstelle könne der Vorwurf nicht erpariert werden, daß sie die veränderten Produktionsverhältnisse nicht genügend beachtet habe. Im Unterausschuß konnte niemand die Verordnung vom 12. Juli 1917. Daß die Attoune für Verletzungen des Direktors büßen müssen, ist ganz in der Ordnung.
Die Abstimmung wird auf die nächste Sitzung verschoben.
Der Vorsitzende bringt ein Telegramm von Dr. Marx und Gen. heit. Sicherung der Stellung der Arbeiter in unzulässigen in der Zeitungen von der Kameramann zur Erörterung vorgelesen. Denn so würde die öffentliche Meinung schlecht unterrichtet werden. Nicht nur fort.
Das Schriftstück, um das es sich hier handelt, ist in Uebereinstimmung mit der Regierung veröffentlicht worden. Wir beschränken uns darauf, uns der Erklärung des englischen Botschafters anzuschließen, daß die teilweise russische Regierung bis zum letzten Augenblicke ihre Treue für das Bündnis verstanden hat.
Renardel fragte, warum die Regierung nicht den Währungsvertrag mit Rußland veröffentlichte, wozu
Abg. sich verpflichtet habe. Man könne sich auf diese Weise ein Urteil über den friedlichen Charakter des Vertrags bilden.
Nicht hatte eine grundsätzliche Einwendung gegen diese Veröffentlichung, er hat sich aber Zeit zur Prüfung der Frage, die er bezeichnen zu können wünschte. Man wird abwarten sehen, was die Regierung fort, daß wir keine unter Möglichkeiten getan haben, um den Frieden zu erhalten. Nicht für Rußland sind wir in den Krieg eingetreten, sondern zu unserer Verteidigung. Man wird auch sehen, daß niemand außerhalb unserer Diplomatie eine persönliche Rolle spielt hat. Das ist auch noch eine Legende, die die Veröffentlichung zerstören würde.

Dickson über das Zaren-Dokument.

Paris, 9. März. (Havas.) Am der gestrigen Vormittags-
sitzung der Kammer kündigte Jean Bon Auffassungen über den kürzlich veröffentlichten Brief des Zaren an Poincaré. Dickson sagte, er bezogte nicht recht die Tragweite dieser Frage; es handele sich um von der Presse veröffentlichte Schriftstücke, wie das oft vorkomme. Man dürfe die Regierung nicht zwingen, alle diplomatischen Schriftstücke vor ihrer Veröffentlichung in den Zeitungen der Kameramann zur Erörterung vorgelesen. Denn so würde die öffentliche Meinung schlecht unterrichtet werden. Nicht nur fort.
Das Schriftstück, um das es sich hier handelt, ist in Uebereinstimmung mit der Regierung veröffentlicht worden. Wir beschränken uns darauf, uns der Erklärung des englischen Botschafters anzuschließen, daß die teilweise russische Regierung bis zum letzten Augenblicke ihre Treue für das Bündnis verstanden hat.
Renardel fragte, warum die Regierung nicht den Währungsvertrag mit Rußland veröffentlichte, wozu
Abg. sich verpflichtet habe. Man könne sich auf diese Weise ein Urteil über den friedlichen Charakter des Vertrags bilden.
Nicht hatte eine grundsätzliche Einwendung gegen diese Veröffentlichung, er hat sich aber Zeit zur Prüfung der Frage, die er bezeichnen zu können wünschte. Man wird abwarten sehen, was die Regierung fort, daß wir keine unter Möglichkeiten getan haben, um den Frieden zu erhalten. Nicht für Rußland sind wir in den Krieg eingetreten, sondern zu unserer Verteidigung. Man wird auch sehen, daß niemand außerhalb unserer Diplomatie eine persönliche Rolle spielt hat. Das ist auch noch eine Legende, die die Veröffentlichung zerstören würde.

Die Spitzbergen-Frage.

London, 9. März. (Reutersmeldung.) „Westminster Gazette“ sagt: Einer der erstaunlichsten Punkte des russisch-deutschen Friedensvertrages ist der, daß die Deutschen zu der vollständigen Organisation Spitzbergen in Uebereinstimmung mit den beiden Völkern einverstanden. Die anderen Nationen werden zu diesem Punkt nicht zu sagen haben, denn England, Amerika, Norwegen haben dort große Interessen und in der Tat, die englischen Ansprüche überliegen in Spitzbergen alle anderen Interessen zusammengekommen. Eine Konferenz aller Beteiligten in Christiania im Jahre 1914 schlug fehl, da der Krieg ausbrach, eine Einigung erzielt werden konnte, und jetzt gibt es dort keine entsprechende Autorität, um irgend jemand in diesen „Niemandes-Land“ eine Berechtigung auszusprechen. Es sind wiederholt Vorschläge gemacht worden, daß England von den Fischen Besitz ergreifen soll, die ihre Staatsangehörigen benötigen, das würde die Sicherung von über großen gefischten Fäßen und herrlicher Kohlen- und Mineralienlager bedeuten. Sollte Deutschland eine „Organisation“ des Landes beantragen, so würde dies eine unfruchtbar Umangung bedeuten.
Zufuß des H. B. D. Der betreffende Artikel des deutsch-russischen Zusatzvertrages lautet:
Die vertraglichen Teile werden darauf hinwirken, daß die auf der Spitzbergen-Konferenz vom Jahre 1914 in Christiania genommene internationale Organisation des Spitzbergen-Abkommens unter Gleichstellung der beiden Teile durchgeführt wird. Zu diesem Zweck werden die Regierungen der beiden Teile die königlich norwegische Regierung bitten, die Fortsetzung der Spitzbergen-Konferenz tunlichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Auch Oesterreich verlangt Grenzberichtigungen.

Budapest, 9. März. Der österreichische Ministerpräsident von Seidler ist nach Bukarest abgereist. Die Teilnahme von Seidlers an den Friedensverhandlungen war ursprünglich nicht vorgesehen, ist aber erforderlich geworden, weil die Donaumündung nicht nur eine Grenzberichtigung für Ungarn, sondern auch für die Oesterreich verlangt. Die neue Grenzberichtigung wird auf Veranlassung des österreichischen Generalstabes gefordert, der die

Bukowina nicht angeht lassen will. Die Kriegserfahrungen hätten gezeigt, wie schwer die Bukowina bei der augenblicklichen Grenze gegen einen feindlichen Einfall zu halten ist.

Ein Tagesbefehl Enver Paschas.

Weiterer Kampf bis zum allgemeinen Frieden.
Konstantinopel, 9. März. (Meldung der Agentur Milli.) Bigeneralstabschef Enver Pascha hat gelegentlich des Friedensschlusses mit Rußland folgenden Tagesbefehl an die osmanische Armee und Flotte erlassen:
Den verbündeten, ihres Rechts und ihrer Kraft bewußten Waffen ist es gelungen, durch großes wirksames Vorgehen den endgültigen Frieden mit Rußland zu erreichen, der auf dem Wege von Verhandlungen nicht zu erzielen war, und die russische Regierung hat den endgültigen Friedensvertrag unterzeichnet, indem sie die von den Verbündeten vorgelegenen Bedingungen ohne jede Einmischung annahm. Nach diesem Vertrage hat die russische Regierung eingewilligt, unsere besetzten Provinzen zu räumen und an uns zurückzulassen, nachdem bereits unsere Armee mit großem Erfolge begonnen hatte, sie durch Säuberung von armenischen Banden zurückzugewinnen. Weiter müßte sie ein, den Gebieten zu räumen, den wir im Jahre 1877 als Erfolg für eine Kriegsgewinnung an Rußland abzutreten gezwungen worden sind. Schließlich stimmte sie unserem Wunsche entsprechend zu, daß unsere in den Bezirken Waikum, Araban und Kares lebhaften Glaubensbrüder selbst ihre Schicksal entscheiden sollen. Auf Befehl unseres erhabenen Herrschers und Khalifen bringen wir dieses glückliche Ereignis mit Freude zur Kenntnis unserer Waffengefährten, die nicht einen Augenblick geögert haben, ihr Leben für ihren Vorkriegs hingezogen, und bereit sind, sich auch in Zukunft zu opfern, bis die Nation ein ebenbürtiger wie Rußland das Vaterland herrschaftlicher Frieden errungen ist.

Vier amerikanische Kriegsauszeichnungen.

Washington, 9. März. Präsident Wilson hat vier Tapferkeitsauszeichnungen, die das Kriegsamt vorgehoben hat, genehmigt. Die erste ist ein Dienstkreuz, die zweite eine Dienstmedaille, die dritte Kriegsdienststreifen, die vierte Streifen für Verbundene. Das Kreuz, aus Bronze und ein Bande zu tragen, wird für außerordentliche Heldentat verliehen, die Medaille, ebenfalls aus Bronze am Bande, für außerordentliche Verdienste um die Regierung während des Krieges oder für Dienstleistungen von großer Verantwortung oder in Verbindung mit militärischen Operationen. Die goldenen Dienststreifen werden unten auf dem Kermel getragen und Soldaten verliehen, die infolge von Verwundung oder Gasangriffen ärztliche Hilfe bedürftig haben. Frauen können das Kreuz oder die Medaille erhalten.

Deutsches Reich.

Die Mitwirkung der Kriegsteilnehmer zur alten Arbeitsläufe.

Berlin, 8. März. Die bei der Bereinigung der deutschen Arbeitgebernöthen bestehende Zentrale der deutschen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise nahm in ihre von Dr. Storge geleiteten Mitgliederversammlung Stellung zu der Frage der Rückführung der Kriegsteilnehmer zur industriellen Beschäftigung und zu dem von Kriegsamt aufgestellten Demobilisationsplan; es wurde hierzu nach einem Bericht von Dr. Fischer-Stein verlangt, daß die Demobilisation im Einklang mit den Forderungen des Wirtschaftslebens vorzunehmen ist, daß insbesondere die Entlassung des Kriegsteilnehmers nach seinem letzten Beschäftigungsort erfolgen und daß der frühere Arbeitgeber zu Entlassorten nach jeder Hinsicht benachrichtigt werden müsse. In den Zentralkonferenzen erklärten sich die Arbeitgeberverbände auf Vorschlag von Dr. Hinte-Berlin bereit, bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen mitzuarbeiten. Aus dem Berichte von Claus-Hannover ging die Bedeutung der Arbeitgebernachweise während des Krieges und deren Notwendigkeit für die zu erwartenden umfangreichen Arbeiten bei Ueberführung der Kriegsteilnehmer hervor. Verschiedene Gründe wurde die weitere organisatorische Ausgestaltung der Zentrale für Arbeitgebernachweise den Vorschlägen von Dr. Tansler entsprechend beschlossen.

Verhaftung und Aufenthaltseinschränkung.

Berlin, 8. März. Der Geheime Rat, dem der Bundesrat am 7. März seine Zustimmung erteilt hat, bezweckt verschiedene Ueberlegungswünsche zum Schußgesetz, die in den Erörterungen des Haushaltsausschusses des Reichstages im März 1917 und in der Volksversammlung vom 11. Oktober 1917 geäußert waren, tunlichst zu entprenden.
Das geänderte Gesetz heißt nach allen Richtungen hin Absicht. Durch die neue Fassung des § 1 werden alle auf Grund des Belagerungszustandes des Kriegsauslandes verfügten Freiheitsbeschränkungen den Vorschriften des Schußgesetzes unterworfen. Die neue Fassung des § 13 gibt einen Entschädigungsanspruch bei allen auf Grund der Gesetze über den Krieg oder Belagerungszustand zu Unrecht verhängten Freiheitsbeschränkungen. Ein besonderer Artikel bestimmt, daß das Ueberlegungsgesetz rückwirkend mit dem Schußgesetz in Kraft tritt, und sieht eine Zuerkennung des Entschädigungsanspruches auch für eine vor dem Inkrafttreten des letzteren Gesetzes liegende Freiheitsbeschränkung bis zurück zum 1. August 1915 vor.

Steuerefreiheit für Familienunterstützungen usw.

Ein Erlass des preußigen Finanzministers ordnet an, daß die Besteuerung der Unterhaltungen von Angehörigen der Soldaten durch den Staat sowie solcher von den früheren Arbeitgebern unterbleiben soll. Ebenso sind die Steuerzulagen der unmittelbaren und mittelbaren Reichs-, Staats-, Kommunal- und Kirchenbeamten und anderen Angestellten von Staats- und Gemeindefunktionären. Ein weiterer Erlass ordnet die Befreiung der einmaligen oder laufenden Kriegsbeihilfen an Pensionäre und Hinterbliebenen an.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Seime.

Für den politischen Teil, für Personalnachrichten, Bericht, Handel, E. u. H. v. Brinmann, Postleuten, Unterhaltungsabteilung, Vermittlungsamt: Dr. Carl Baer; für den Angehörigen: Hugo Brande und Berlog von Otto Benda.